



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

16. August 2017

G20: Aufklärung! +++ 76.000 mal Hoffnung +++ Gerechtere Welt! +++ Halbzeit für Rot-Grün +++ Bundestags-Wahlkampf

Liebe Leserinnen und Leser,



Über 10.000 Menschen zogen am 5.7. ravend durch die Innenstadt (Foto: C. Schneider)

noch in den Sommerferien melden wir uns mit einer neuen Ausgabe des »BürgerInnenbriefes«. Vom Umfang her ist es quasi eine Doppelnummer, um die Geschehnisse und Einschätzungen um den grandiosen G20-Gipfel, die Gegenproteste und die anhaltenden Auswirkungen angemessen zu berücksichtigen. Tatsächlich gehen wir davon aus, dass uns G20 in den kommenden Monaten weiter beschäftigen wird, zumindest bis zur Bundestagswahl am 24. September, möglicherweise auch darüber hinaus, wenn sich wenigstens ein Teil der anderen Oppositionsparteien in der Hamburgischen Bürgerschaft auf den von der Linksfraktion geforderten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) verständigt. Denn eines ist klar, die Durchführung des bis zu 200 Mio.

Euro teuren G20-Gipfels in Hamburg, seine mageren Ergebnisse, aber insbesondere auch die Verunglimpfung und Verleumdung der Alternativveranstaltungen, der Proteste, der Roten Flora und überhaupt der gesamten Linken und nicht zuletzt die von Bürgermeister Olaf Scholz gebetsmühlenartig wiederholte steile These, es habe keine Polizeigewalt gegeben, bedürfen der intensiven Aufarbeitung. Gerne auch in einem PUA, auf jeden Fall in einem öffentlichen Diskurs.

Nichtsdestoweniger läuft die parlamentarische Arbeit Ende August wieder an. Zudem gilt es, nach zweieinhalb Jahren eine Halbzeitbilanz der Senatsarbeit zu ziehen und sich auf die Bundestagswahl einzustellen.

Herausgeberinnen und Redaktion

G20: Aufklärung statt Keule gegen Kritik

Von Christiane Schneider



Eskalation bei der »Welcome to Hell« Demonstration am 6.7. (Foto: C. Schneider)

Fünf Wochen nach dem G20-Gipfel sehe ich mich noch nicht imstande, einen die wesentlichen Aspekte umfassenden Artikel zu den damit verbundenen Auseinandersetzungen und Problemlagen zu schreiben. Die überschwänglichen Bilanzen aus den ersten Tagen, wie sie z.B. die Interventionistische Linke gezogen hat (»Die rebellische Hoffnung von Hamburg« <http://www.interventionistische-linke.org/beitrag/die-rebellische-hoffnung-von-hamburg>) oder wie sie etwa in der »Jungen Welt« zu lesen waren (»Großer Erfolg für die Linke« <http://wildetexte.blogspot.de/2017/07/21/g20-grosser-erfolg/>), teile ich nicht. Sicher, es gab großartige Momente. Diese prägen nachhaltig die Eindrücke und Erinnerungen der Teilnehmenden, auch meine – aber in der Öffentlichkeit sind sie nahezu untergegangen. Denn diese Aktionen und vor allem die große Demonstration der 76.000 am 8. Juli, die eine Chance war, die politischen Ziele zu präzisieren und in eine breite, den Kreis der unmittelbar Teilnehmenden weit überragende Öffentlichkeit zu tragen, fanden kaum noch Beachtung. Sie wurden überlagert durch die entgrenzte Gewalt am frühen Morgen des 7. Juli in Altona und dann vor allem in der Nacht zum 8. Juli im Schanzenviertel.¹

Eine Bilanzierung darf aber vor allem nicht die Entwicklungen auf der staatlichen Seite außer Acht lassen. Wie hat sie auf die Proteste reagiert, welche neuen Elemente repressiver Strategie hat sie entwickelt und versucht sie dauerhaft zu etablieren?² Wenn Demokratie- und Grundrechteabbau sowie Verpolizeilichung der Politik zum Ergebnis gehören, dann fällt es mir schwer, von »Erfolg« zu reden – jedenfalls würde ich vor weiteren solcher »Erfolge« dringend warnen.

Größter Polizeieinsatz in der Geschichte Hamburgs

Der Polizeiwissenschaftler und Kriminologe Prof. Dr. Feltes sagte nach dem Gipfel in einem hörenswerten Interview mit SWR 1, dass man heute solche Veranstaltungen in einer Großstadt nicht mehr durchführen könne, es sei denn, man sei bereit, sie mit militärischen Mitteln durchzusetzen.³ Militärische Mittel wurden nicht eingesetzt, die Bundeswehr war, soweit bisher bekannt, »lediglich« in Amtshilfe mit Unterstützungsarbeiten im Einsatz. Doch über 23.000 PolizistInnen wurden aufgestellt, um den Gipfel gegen den Unmut relativ

¹ Diese Gewaltausbrüche verlangen von uns mehr als Stellungnahmen wie »Damit haben wir nichts zu tun«, manchmal auch mit dem Zusatz: »deshalb distanzieren wir uns auch nicht«. Es geht nicht um Distanzierung und es wäre damit auch nicht getan: Wir müssen die Debatte über linke Gewalt offensiv führen, und zwar auch mit den Strömungen der Autonomen, die dazu bereit sind. Mit dem Ziel, politische Strategien zu entwickeln, die von Vielen aufgegriffen werden können und die breite politische Bündnisse tragen.

² Die Auseinandersetzung damit steht noch ziemlich am Anfang. Sie findet vor allem außerparlamentarisch statt, denn die Regierungsfractionen haben sich, um einem PUA zuvorzukommen, auf einen Sonderausschuss festgelegt. Der soll zwar alle Fragen stellen dürfen und auch Akteneinsicht nehmen können, heißt es, die Rechte eines PUA hat er jedoch nicht. Weder können Akteneinsichtsrechte gegen den Willen der Mehrheitsfractionen durchgesetzt werden, noch können Zeugen geladen werden, und wenn, dann sind sie nicht zur Wahrheit verpflichtet, d.h. ihnen droht für den Fall der Lüge keine Sanktion. Die Linksfraction hält an der Forderung nach einem PUA fest (dafür würden jedoch 25% der 121 Abgeordneten benötigt), wird aber auch im Sonderausschuss jede Möglichkeit der Aufklärung nutzen. Und natürlich mit ihren Kräften die außerparlamentarischen Untersuchungen unterstützen.

³ www.swr1/bw/programm/leute/kriminologe-prof/-/id=1895042/did=19930188/nid=1895042/ulilwj/index.html

großer Bevölkerungsteile und gegen den Protest Zehntausender durchzusetzen.

Es handelte sich um den größten Polizeieinsatz in der Geschichte Hamburgs und wahrscheinlich in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Damit nicht genug der »Superlative«: Eingesetzt wurden auch Spezialkräfte, nicht nur der Länder, sondern auch die Sondereinheit der Bundespolizei zur Terrorismusbekämpfung BFE+, die GSG 9 und vergleichbare Sondereinheiten wie Cobra aus Österreich und weitere. Es werde »alles an Polizeiequipment zu sehen sein, was es gibt«, hatte der Gesamteinsatzleiter vor dem Gipfel angekündigt. Die Sondereinsatzkräfte führten in der Nacht zum 8. Juli im Schanzenviertel und am Abend des 8. Juli im Bereich Neuer Kamp (hier ohne jeden erkennbaren Anlass) u.a. auch Maschinenpistolen mit. Wahrscheinlich erstmals in der bundesdeutschen Geschichte wurden Gummigeschosse abgeschossen, und zwar auf, vorsichtig ausgedrückt, ungeklärter Rechtsgrundlage. Für Hamburg war auch der mehrfache Einsatz von Tränengaspatronen neu; laut Antwort des Senats auf eine meiner Anfragen war ein solcher Einsatz vorher ausgeschlossen worden. Das angeblich ausschließlich für Terrorbekämpfung angeschaffte Panzerfahrzeug »Survivor« stand am Rande der Schanze bereit. Der Polizeieinsatz im Rahmen der G20-Protestwoche war also von einer Reihe von Tabubrüchen begleitet, und es wird Aufgabe weiterer Aufarbeitung sein, die Rechtfertigung von Senat und Polizei, es habe sich jeweils um Notwehrsituationen gehandelt, zu überprüfen.

Eskalationsstrategie und kritische Ereignisse

Mit der Ernennung von Hartmut Dudde zum Gesamteinsatzleiter der »Besonderen Aufbauorganisation Michel« war klar, dass die Polizei keine auf Deeskalation, auf Kooperation und auf Sicherung der Grundrechte gerichtete Strategie verfolgen



Camp in Entenwerder – von der Polizei abgeräumt (C. Schneider)

Wir empfehlen als aktuelle Lektüre besonders das folgende 32-seitige Material vom 15.8.:

Geschichte der Eskalation eines einwöchigen Protestgeschehens. Demonstrationsbeobachtung des Komitees für Grundrechte und Demokratie vom 2. bis 8. Juli 2017 in Hamburg zum G20: www.grundrechtekomitee.de/node/876.

Lesenswert ist auch der Spiegel-Online-Bericht von Ansgar Siemens vom 12.8.: **Aufklärung nach Gewalt beim G20-Gipfel. Schlacht um die Wahrheit** Die Krawalle beim G20-Gipfel sind längst nicht aufgearbeitet, entscheidende Fragen zum Polizeieinsatz sind offen. Der Überblick: www.spiegel.de/panorama/justiz/g20-gipfel-offene-fragen-bei-der-aufklaerung-der-krawalle-von-hamburg-a-1162558.html#ref=nl-dertag

Und ganz frisch ist dieses etwa 80minütige **Video** vom 15.8., in dem Niels Boeing, Christine Ebeling, Rasmus Gerlach, Andreas Grünwald, David Luther, Johannes Neinens und Julian Schöneich ihre Eindrücke aus der Gipfelwoche schildern: www.youtube.com/watch?v=21W3TjGDwpQ.

würde. Dabei wurde die Strategie in sehr enger Zusammenarbeit mit der Bundesebene und auch mithilfe neuer Strukturen der Zusammenarbeit – z.B. der Verfassungsschutzämter – entwickelt und umgesetzt.

Zentrale Elemente dieser Strategie waren die flächendeckende Aushebelung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit auf einer riesigen Fläche zwischen Flughafen und Messegelände und dann vor allem die Verweigerung von Camps – wenn nötig durch offenen Rechtsbruch –, wodurch auswärtige G20-GegnerInnen von der Beteiligung an den Protesten abgeschreckt werden sollten und auch wurden.

Mit besonderer Aufmerksamkeit werden wir die Aufarbeitung einiger besonders kritischer und bisher ungeklärter Ereignisse betreiben: den Polizeiangriff auf die bis dahin friedliche Welcome-to-hell-Demonstration am 6.7., die Auseinandersetzung am Rondenbarg⁴ am frühen Morgen des 7. Juli, die ungehinderten Gewaltextesse am Morgen des 7. Juli in Altona. Und natürlich ist, wenn wir über die Krawalle in der Schanze sprechen, auch die Frage zu klären, warum die Polizei Stunden brauchte, um gegen die Randalierer und

⁴ Am Rondenbarg ging die Polizei mit heftiger Gewalt gegen einen Aufzug von ca. 200 Menschen vor, nachdem sie nach ihrer Darstellung einem massiven Bewurf mit Steinen, Flaschen und Pyros ausgesetzt war. Das Polizeivideo, das die Situation zeigt, stützt die Darstellung nicht. Der Polizeieinsatz führte zu zahlreichen verletzten DemonstrantInnen, darunter elf Schwerverletzte, sowie zu 59 Fest- bzw. Ingewahrsamnahmen und einer großen Zahl von Ermittlungsverfahren.

Plünderer vorzugehen. Die Polizei hat in der Innenausschusssitzung am 19. Juli zu all diesen kritischen Punkten etwas gesagt, aber nichts, was die sich aufdrängenden Fragen zufriedenstellend beantwortet. Ein besonderes Kapitel ist darüber hinaus die Situation in der Gefangenessammelstelle GeSa, die vom Anwaltlichen Notdienst und auch von Betroffenen scharf kritisiert wird: Sie reichte von Schikanen und der Demütigung von Gefangenen bis zur Behinderung der anwaltlichen Vertretung.

Darüber hinaus gibt es viele dokumentierte Rechtsbrüche und Verletzungen von Grundrechten wie Verletzung der Pressefreiheit und zahlreiche Fälle rechtswidriger Polizeigewalt. Rechtswidriges Verhalten von PolizeibeamtInnen muss aufgeklärt und geahndet werden. Darüber ist aber nicht zu vergessen, dass die Polizeistrategie, die eskalierend wirkte, die PolizeibeamtInnen aufgeheizt und vielfach auch verheizt hat.

Wie weiter?

Es gibt in den nächsten Monaten also sehr viel zu tun an Aufarbeitung, für uns in der Bürgerschaft, im Sonderausschuss (und vielleicht ja doch noch in einem PUA) wie für die außerparlamentarische Opposition in der Stadt, die sich vor allem auf ihre Beobachtungen und Erfahrungen, auf ihr Wissen und ihre Vernetzung sowie auf gut recherchierenden kritischen Journalismus (den es ja auch noch gibt) stützen kann. Gegenwärtig sind die Gräben in der Stadt sehr tief. Die Unfähigkeit des Bürgermeisters, mit Kritik umzugehen, und seine dunklen Drohungen gegen die Rote Flora und die politische Linke vertiefen die Gräben und bergen die Gefahr neuer schwerer Konflikte. Viel hängt davon ab, ob und wie weit die Regierungsfractionen, vor allem die SPD, inzwischen wenigstens ansatzweise Bereitschaft zeigen, Kritik anzuhören und Aufklärung zuzulassen statt die Keule gegen Kritik und Aufklärung zu schwingen. Das werden die nächsten Wochen zeigen.

76.000 mal Hoffnung

Zusammenfassende Einschätzung zu G20 von Jan van Aken



Demonstration am 8.7. (Foto: Michael Joho)

Auch wenn aktuell die hirnlosen Plünderungen und Zerstörungen die Debatte bestimmen – die G20-Woche war mehr, viel mehr. Ich war von Sonntag bis Sonntag täglich unterwegs, mal als Parlamentarischer Beobachter der LINKEN Bundestagsfraktion, mal als Teil des Protestes. Hier der Versuch einer zusammenfassenden Einschätzung.

1. Eine großartige Demonstration zum Abschluss

Es ist ein großer Erfolg, dass am Samstag, noch während die G20 in den Messehallen tagten, 76.000 Menschen friedlich, fröhlich und lautstark auf die Straße gegangen sind. Und das trotz der furchtbaren Bilder vom Vorabend, trotz der wochenlangen Panikmache, trotz der Demonstrationsverbote. 76.000 Menschen, die für eine gerechtere Globalisierung, gegen Ausbeutung und Umweltverschmutzung, für eine friedlichere Welt auf die Straße gegangen sind. Es war die größte Demonstration

in Hamburg seit über 30 Jahren, und darauf können wir alle stolz sein.

Wir haben von Anfang an gesagt, dass von dieser Demonstration keine Eskalation ausgehen wird, dass keine Angriffe auf Sachen oder Menschen stattfinden werden, und dass alle am Bündnis Beteiligten – wozu auch die Autonomen gehörten – in ihren Blöcken die Verantwortung dafür übernehmen, dass das auch so klappt. Wenn jetzt behauptet wird, wir hätten uns nicht eindeutig von Gewalt distanziert, dann ist das schlichtweg gelogen, im Gegenteil: Seit November haben wir das immer wieder klar gemacht. Nur das Wort »Gewalt« kommt mir in

Jan van Aken ist seit 2009 Mitglied des Bundestags aus Hamburg für DIE LINKE. Er war Anmelder der Großdemonstration am 8.7. Sein Text zu G20 wurde erstmals am 12.7. veröffentlicht.

diesem Zusammenhang nur ungern über die Lippen, aus einem simplen Grund: Wenn ich mich nachts in einer dunklen Gasse einer Frau in den Weg stelle, dann ist das verachtenswerte Gewalt. Wenn ich mich aber einem Castor-Transport in den Weg stelle, dann finde ich das richtig! Auch wenn das in gewissen – ethischen oder juristischen – Kategorien sicherlich auch Gewalt genannt werden kann. Deswegen habe ich immer auf den Gewaltbegriff verzichtet und lieber ganz konkret gesagt, was wir wollen und was wir nicht wollen: Keine Eskalation, keine Angriffe, gemeinsam mit Rollstühlen und Kinderwagen die Demo bis zum Ende gehen. Das war und ist unzweideutig, und genauso ist es dann auch gekommen: Es blieb »friedlich«, um es im Polizeijargon zu sagen.

Dass es am Ende so geklappt hat, lag natürlich auch an der Polizeiführung, die – anders als am Donnerstagabend – nicht auf volle Konfrontation gesetzt hat. Wobei ein Vorfall nicht unerwähnt bleiben darf, weil er so gut zum gesamten Verlauf der Woche passt: Während der Abschlusskundgebung kam es zu einer kleinen Reiberei mit der Polizei, die Stimmung heizte sich auf. Wir sind mit mehreren von der Demoleitung dort hin-

gegangen, haben uns zwischen Polizei und DemonstrantInnen gestellt und versucht, die Situation zu beruhigen – was auch gut gelungen ist. Obwohl sich die Lage dann etwas entspannte und in der Situation ganz sicher keinerlei Angriffe Richtung Polizei stattfanden, bekam ich dann doch noch eine volle Ladung vom Wasserwerfer in den Rücken. Direkt danach hat die Polizeiführung noch einen Trupp von zehn Polizisten mitten durch die Demo geschickt, einfach nur einmal im Kreis mitten durch die noch sehr erboste Stimmung. Das hatte nur einen einzigen Grund: Provokation. Möglicherweise gab es die Hoffnung, jetzt doch noch Rängeleien zu provozieren und damit auch diese Demonstration als gewaltsam brandmarken zu können. Es ist ihnen nicht gelungen, und das ist einzig und allein der Besonnenheit der DemoteilnehmerInnen geschuldet.

Die Demonstration war der sichtbare Gegenpol zum offiziellen G20-Gipfel, der auf der ganzen Linie gescheitert ist. Ich denke, wir haben unseren Beitrag dazu geleistet, dass das Modell G20 in den nächsten Jahren überdacht wird. Unser Gegenmodell ist die Generalversammlung der Vereinten Nationen – und es ist eine gute Idee, wenn viele Staatschefs im September schon ein paar Tage früher nach New York reisen, um dann in wechselnden informellen Gruppen die Entscheidungen der Generalversammlung vorbereiten. Denn Reden hilft immer. Nur entscheiden sollten eben nicht kleine Kreise von reichen Ländern, sondern nur die Gesamtheit aller Länder gemeinsam.

2. Die Gewalt im Schanzenviertel am Freitagabend

Die Wucht der brutalen Ereignisse vom Freitagabend im Schanzenviertel hat uns alle geschockt. Diese Gewaltexzesse gegen Anwohner, Journalisten und Polizisten, diese Zerstörungswut sind durch nichts, aber auch gar nichts zu entschuldigen. Es ist nicht klar, wer hinter der Randalie stand, sicherlich waren auch Eventjugendliche aus den Vorstädten dabei, die einfach mal die Gelegenheit zum Plündern genutzt haben. Aber es waren offensichtlich auch einzelne kleinere organisierte Gruppen aus verschiedenen Ländern dabei, die das als Protestform begreifen – was ich komplett ablehne und falsch finde. Es hat nichts Revolutionäres an sich, einen ganzen Straßenzug in Schutt und Asche zu legen. Auch Stellungnahmen, dass diese Gewalt vielleicht im »eigenen Viertel« falsch sei, aber in den reicheren Quartieren doch in Ordnung, kann ich gar nichts abgewinnen. Ich glaube, wir müssen uns, als Gesellschaft, in den nächsten Wochen und Monaten damit auseinandersetzen, was Menschen dazu bringt, so zu handeln. Monokausale Erklärungen und einseitige Schuldzuweisungen von beiden Seiten führen nur zu einer weiteren Eskalation und sollen von der eigenen Verantwortung ablenken.

Es gibt jetzt Vorwürfe, dass die Polizeiführung bewusst die Randalie im Schanzenviertel über mehrere Stunden hat wüten lassen, damit sie sich nicht über den Rest der Stadt ausbreitet. Das halte ich für Spekulation. Ausschließen kann das niemand, und alle bislang von der Polizeiführung vorgebrachten Argumente, warum sie nicht im Schanzenviertel eingegriffen haben, sind an den Haaren herbeigezogen. Aber das ist am Ende auch nicht meine Frage. Denn der Hauptfehler der Einsatzleitung und des Senates in diesen Tagen war ein anderer:



Aktion bei der Demo am 8.7. (Foto: Christiane Schneider)

der Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die massive Eskalation in den Tagen zuvor.

Die Polizei hat selbst gesagt, dass in der gesamten Zeit ihre Priorität die Staatsgäste waren. Im Klartext heißt das: Lieber ein paar BlockiererInnen von der Straße zu fegen, damit der Gipfel pünktlich beginnen kann, als die Brandstiftungen an Privatautos zu unterbinden. Es war wichtiger, dass die Könige in Ruhe der Musik lauschen und feist schlemmen konnten, als die AnwohnerInnen zu schützen. So ein Prinzip darf in einer Demokratie nicht gelten.

3. Angriffe auf die Versammlungsfreiheit – Yes we camp!

Über Monate gab es verschiedenste Versuche, in Hamburg ein Camp für die vielen Tausend Protestierenden aus ganz Europa aufzubauen. Die Linie des Senats war knallhart: kein Camp! Die offizielle Begründung: da könnten sich auch Gewaltbereite untermischen, denen wolle man keine Rückzugsmöglichkeiten geben. Dazu hat Sven Brux, der Sicherheitschef vom FC St. Pauli, treffend gesagt, dass jeder Mensch ein potenzieller Gewalttäter sei und damit jedes Hotel auch an potenzielle Gewalttäter vermietet. Wenn man dem Argument folgt, müsste die Hamburger S-Bahn auch schließen, weil ja einige Leute schwarzfahren.

Ich denke, hinter dem Camp-Verbot stand vielmehr der Versuch, so viele Menschen wie möglich davon abzuhalten, nach Hamburg zu kommen. So wie der Hamburger Senat alle nur erdenklichen Mittel eingesetzt hat, die Proteste so klein wie möglich zu halten, bis hin zur Organisation einer eigenen »Hamburg zeigt Haltung«-Demo am Samstag, den 8.7., angeschoben und mitfinanziert von den Bürgerschaftsfraktionen von SPD und Grünen, um die große Abschlussdemonstration zu spalten. Damit sind sie grandios gescheitert.

Selbst nachdem sich die Camps vor den Verwaltungsgerichten durchgesetzt hatten, ging die Polizeiführung weiter massiv gegen jeden Versuch vor, in Hamburg zu campen. Das ging so weit, dass ein Einsatzführer der Polizei beim Camp Entenwerder zu einer unserer Bürgerschaftsabgeordneten sagte: »Mir ist völlig egal, was das Gericht sagt!« Das ist eine äußerst bedenkliche Entwicklung, denn in einem Rechtsstaat mit Gewaltenteilung entscheiden immer noch Gerichte darüber, was erlaubt und was verboten ist. Und nicht die Polizei.

Dazu kam eine 38 Quadratkilometer große Zone, in der für zwei Tage alle Demonstrationen verboten waren. So etwas gab es noch nie in der Geschichte der Hansestadt. Dazu kam auch ein Bericht des Verfassungsschutzes, der im Prinzip dazu aufrief, nicht auf unsere Demonstration am 8. Juli zu gehen. Man kann vom Verfassungsschutz ja halten, was man will – aber es ist ganz sicher nicht seine Rolle und eine unerhörte Mandatsübertretung, sich gegen Demonstrationen zu äußern und zu demobilisieren.

Ermutigend war die Antwort der Zivilgesellschaft auf diese Angriffe auf die Demokratie. Am Dienstag (4. Juli) traten fast 20 Menschen aus Kultur, Kirche, Politik und Umweltorganisationen auf dem Rathausmarkt an die Öffentlichkeit und mahnten eine Achtung des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit an. Damit war die monatelang vorbereitete Spaltungsstrategie des



Der wahre schwarze Block am 6. Juli (Foto: Michael Joho)

Senates über Nacht zusammengebrochen, Hamburg hat an diesem Tag wirklich Haltung gezeigt und danach ging es in der Woche nicht mehr nur um den G20, sondern auch um unsere Demokratie. Die Solidarität wurde auch praktisch: So haben das Schauspielhaus und der FC St. Pauli Räume für Übernachtungen angeboten, Kirchen haben Zeltlager auf ihrem Gelände geduldet. Das war ganz groß!

4. Cornern, Nachttanzen und Blockaden

Nach der ersten Demo am Sonntag gingen die Proteste schon am Dienstag massenhaft weiter. Für den Dienstagabend war in St. Pauli zum »Cornern« eingeladen – mit den NachbarInnen gemeinsam vor der Tür stehen, über den G20 reden, von einer gerechteren Welt träumen, Bier trinken. Es war ein lauer Abend und eine ganz wunderbare Stimmung, bis dann plötzlich mehrere Wasserwerfer am Pferdemarkt auffuhren und die Straßenkreuzung absperren. Als dann die Menschen auch auf der – nun abgesperrten – Straße standen und ihr Bier tranken, wurden sie mit eben diesen Wasserwerfern abgeräumt. Das Gute in dieser Situation: Es ließ sich wirklich niemand provozieren, die Stimmung war weiter gut und die Menschen tranken weiter ihr Bier. Aber die Strategie der Polizeiführung wurde schon in dieser Situation deutlich: Völlig unnötig und ohne Anlass die Eskalation suchen.

An dieser Stelle eine Anmerkung: Ich schreibe bewusst immer von der »Polizeiführung« und nicht von »Polizei«, weil ich hier nicht alle PolizistInnen in einen Topf werfen möchte. Ich habe auch Einsätze gesehen, die zurückhaltend und verhältnismäßig waren – leider viel zu selten. Die Nachttanzdemo am Mittwoch war einer dieser Einsätze, da zogen über 20.000 junge Leute zu Musik (oder das, was diese Musik nennen – für so etwas bin ich einfach zu alt ...) durch die Stadt, es war einfach eine richtig gute Stimmung.

Völlig untergegangen ist in den Medien der Blockade-Tag am Freitag, als 3-5.000 Menschen versucht haben, in die verbotene blaue Zone einzudringen, um die Konvois der Staats-

chefs zu stoppen – was ihnen auch mehrfach gelungen ist. Zwischenzeitlich hieß es innerhalb der Polizei, sie habe die Kontrolle verloren und brauche dringend weitere Verstärkung aus anderen Bundesländern. Diese Blockaden wurden natürlich jeweils rasch aufgelöst, aber es entwickelten sich dort keine militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Und genau dort wurde z.B. umgesetzt, was ich mit bewussten Regelverstößen meine. Ziviler Ungehorsam, der in bestimmten Situationen politisch sinnvoll sein kann – so wie ihn Mahatma Gandhi, Martin Luther King oder Greenpeace oft und erfolgreich eingesetzt haben. Aber die Polizeiführung hat ja dann wie erwartet die mitgenommenen Luftmatratzen und aufblasbaren Gummitiere als Waffen deklariert (weil mensch sich damit gegen Schlagstöcke schützen kann) und zum Teil hemmungslos Gewalt angewendet.

6. Welcome to hell – Gezielte Eskalation bei der Demonstration des »Schwarzen Blocks«

Nach den unfassbaren Gewaltbildern aus dem Schanzenviertel lässt sich heute kaum noch über die tatsächlichen Vorgänge am Donnerstagabend während der »Welcome to hell«-Demonstration diskutieren, weil jegliche Eskalation in der letzten Woche natürlich dem so genannten Schwarzen Block in die Schuhe geschoben wird. Welcome to hell war (ziemlich großkotzig, wie ich finde) als »größter Schwarzer Block in der Geschichte« angekündigt worden. Tatsächlich waren dann zwar ca. 10.000 Menschen am Fischmarkt und nahmen stundenlang in gelöster, aber unterschwellig nervöser Stimmung an der Kundgebung teil. Dann formierten sich gerade mal ca. 500 Menschen in den vorderen Reihen als Schwarzer Block, inklusive Vermummung und kompakter Aufstellung. Daraufhin stoppte die Polizei den Block und forderte die TeilnehmerInnen auf, die Vermummung abzunehmen.

Was dann geschah, wird von vielen Journalisten, die direkt dabei waren, ähnlich geschildert. Auch ich stand zu der Zeit genau zwischen dem Schwarzen Block und den Polizeiketten, als Parlamentarischer Beobachter. Fast alle im Block nahmen ihre Vermummung herunter, am Ende waren vielleicht noch 10-20% vermummt, maximal. Und es gab, trotz der sehr aufgeheizten Stimmung, keinerlei Angriffe aus dem Block gegen die Polizei, da flog kein Stein und keine Flasche. In dieser Situation hätte eine verantwortungsvolle Polizeiführung die Demonstration laufen lassen müssen. Der Angriff auf den Schwarzen Block in dieser Situation war vollkommen unnötig und aus meiner Sicht eine bewusste, politisch gewollte Eskalation. Ich glaube, dass der Senat hier genau die Gewaltbilder provozieren wollte, die er wochenlang an die Wand gemalt hatte – nicht zuletzt, um die ganzen Camp- und Demonstrationsverbote im Nachhinein rechtfertigen zu können.

7. Die Reaktionen – »law and order« als Wahlkampfthema

Der Hamburger Senat und die Polizeiführung haben auf der ganzen Linie versagt. Erst hebeln sie das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aus, dann belagern sie die Stadt, eskalieren an allen Fronten und schaffen es trotzdem nicht,

die Gewalt am Freitagabend einzudämmen. Olaf Scholz geht es nun nicht nur um die eigene Haut, jetzt versucht die SPD sich nach dem Motto »Angriff ist die beste Verteidigung« als härteste Law-and-order-Partei zu profilieren, mit Blick auf die Bundestagswahl im September. Forderungen nach Schließung der Roten Flora, der unsägliche Vorschlag eines »Rock gegen links« (übrigens ein Lied der rechtsextremen Band Freikorps) oder die Forderung einer europaweiten Linksextremen-Datei haben so gar nichts mit den Krawallen im Schanzenviertel zu tun, sie sind die hilflosen Versuche der SPD, noch ein paar Prozentpunkte zu retten. Schämt euch!

7. Ausblick

Ich glaube, dass Hamburg der Anfang vom Ende der G20 in der jetzigen Form war, vor allem aus zwei Gründen, die gar nichts mit den Protesten oder der Krawallnacht zu tun haben: Zum einen war der offizielle Gipfel ein Misserfolg auf der ganzen Linie. Zum zweiten waren die Auswirkungen auf die Bevölkerung auch jenseits der Krawalle katastrophal. Ab Donnerstag ging in Hamburg gar nichts mehr, Menschen standen stundenlang im Stau und kamen nicht nach Hause, am Freitag war die gesamte Achse zwischen Elbe und Alster wegen des Konzerts in der Elbphilharmonie komplett gesperrt, da kam niemand mehr durch, auch nicht zu Fuß. Für drei Tage das komplette Leben in einer Großstadt derart lahmzulegen, wird sich auf Dauer nicht rechtfertigen lassen – vor allem nicht, wenn diese Gipfel überhaupt kein Ergebnis bringen.

Interessante Lektüre rund um die G20-Proteste:

- **NTV-Interview** mit einem Protestforscher: Die Polizeiführung hat völlig versagt: www.n-tv.de/politik/Die-Polizeifuehrung-hat-voellig-versagt-article19930264.html
- ein **Pastor** über das Protestcamp auf seinem Gelände. <http://hauptkirche-altona.de/in-hamburg-ist-g20-und-wir-sind-mitten-drin/>
- der **Leserbrief** eines Professors an einer Polizeihochschule in der SZ: www.sueddeutsche.de/kolumne/g-gipfel-eine-harte-linie-gebiert-eskalation-1.3577711
- **Tagesschau** zum Cornern am Pferdemarkt: www.tagesschau.de/inland/g20-protest-137.html
- **DIE ZEIT** über die Abschlussdemonstration (von der ich übrigens »76.000 mal Hoffnung« geklaut habe): www.zeit.de/politik/deutschland/2017-07/g20-gipfel-hamburg-grenzenlose-solidaritaet-hans-christian-stroebele
- **Spiegel online** mit vier Lehren aus G20: www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/g20-in-hamburg-der-gescheiterte-gipfel-vier-lehren-aus-g20-a-1156840.html

»Für eine bessere, gerechtere Welt«

Von Esther Bejarano



Esther Bejarano bei ihrer Ansprache am 8. Juli (Foto: Michael Joho)

Nachfolgend dokumentieren wir die Rede, die die 1924 geborene Auschwitz-Überlebende und Musikerin Esther Bejarano auf der Großdemonstration am 8. Juli (»Grenzenlose Solidarität statt G20«) auf dem Deichtorplatz gehalten hat. Wir danken Peggy Parnass für die Vermittlung und Esther Bejarano für die Abdruckgenehmigung.

Liebe Freundinnen und Freunde aus Hamburg und aus aller Welt, ihr auf den Straßen und Plätzen, ich grüße euch!

Ihr, die ihr hier protestiert, weil ihr dem Unrecht und der Unvernunft des Kapitalismus nicht tatenlos zuschauen wollt. Weil ihr eine andere Welt wollt: eine Welt ohne Kriege, ohne Waffenhandel, ohne Hunger, ohne Ausbeutung, für verantwortlichen Umgang mit unserem Planeten Erde zum Wohle kommender Generationen.

Weil ihr nicht tatenlos zusehen wollt, wenn durch Ausbeutung von Mensch und Natur die Inseln Mikronesien dem Klimawandel geopfert werden. Weil ihr nicht weiter zusehen wollt, dass tausende indische Bauern sich das Leben nehmen, weil sie ihre Hoffnung auf ein besseres Leben verloren haben, während die Welt vergiftet wird durch chemieintensive Landwirtschaft. Weil ihr nicht zusehen wollt, dass mit Waffenhandel viel Geld verdient wird, dass durch Kriege und Verwüstung ganze Länder unbewohnbar und Millionen Menschen heimatlos werden. Weil ihr nicht zusehen wollt, dass im Mittelmeer tausende Flüchtende ertrinken, dass Geflüchtete ins Ungewisse abgeschoben werden.

Wir sind ein Teil von euch. Wir, eine Vereinigung der Überlebenden der Konzentrationslager, ihrer Angehörigen, ihrer Freundinnen und Freunde, haben uns zur Verteidigung demo-

kratischer Rechte und Freiheiten der Menschen verpflichtet. Es ist immer gut, wenn Menschen miteinander reden. Die UNO ist für die Lösung der Probleme der Welt nach den Erfahrungen der Weltkriege gegründet worden. Hamburg als Versammlungsort der G20 hat sich offensichtlich übernommen und sich würdelos gegenüber den protestierenden Gästen verhalten, Gerichtsbeschlüsse missachtet, hanseatische Gastfreundschaft, Gelassenheit und liberales Miteinander vergessen. Stattdessen wurde die Konfrontation gesucht. Vor allem Verbote ausgesprochen. Eigentlich wurde alles verboten, Kundgebungen, Aktionen und das Schlafen in Hamburg. Ganz besonders das Schlafen in Aktions-Camps, die gerade jungen Menschen Teilhabe an solchen Ereignissen erst möglich machen.

Die Botschaft war eindeutig: Für euch ist kein Platz bei unserem Gipfel. Das ist eine Schande! Wer erinnert sich noch, dass diese G20-Juli-Woche vom Ersten Bürgermeister Olaf Scholz mal als »Festival der Demokratie« angekündigt wurde?

Liebe Leute, die Ereignisse der letzten Zeit lassen mir keine Ruhe. Ich kann nicht anders: Ich muss laut aufschreien. Es ist Zeit für einen Aufschrei von uns allen, einen unüberhörbaren, lauten Aufschrei, der bis in den letzten Winkel unseres Landes und der ganzen Welt widerhallt. Es ist unvorstellbar, dass wir 72 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Faschismus wieder so viele Opfer beklagen müssen. Opfer der Barbarei, der menschenverachtenden Ideologie durch Terror, Faschismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Ausländerhass.

Ich trauere um die Opfer in unserem Land, verursacht durch den NSU und andere Neonazis, meine Trauer gilt den Opfern der Anschläge von Paris, von Ankara, von Beirut, den Opfern

des Anschlags auf das russische Flugzeug, den Opfern der Anschläge von Berlin, London und Manchester und neuer Terroranschläge vielerorts. Ich trauere um die Toten der Kriege im Nahen Osten. Ich trauere um die Menschen, die auf der gefährlichen Flucht vor den Kriegen in ihrer Heimat sterben, weil ein Teil Europas sich abschottet.

Nie wieder sollte die Menschheit durch Kriege bedroht werden. Ich kann mir nichts Schlimmeres vorstellen, als dass die Erfahrung meiner Generation in Vergessenheit gerät. Dann wären alle Opfer des Faschismus und des Krieges, alles, was wir erlitten haben, umsonst gewesen.

Wir wünschen uns, dass ihr, weil es ja so bitter nötig ist, auch in Zukunft Widerstand leistet, wie damals die Wider-

standskämpfer für ein Leben in Frieden und Freiheit für alle Menschen auf dieser Welt eintraten. Hier bei uns, in Europa und überall in der Welt. Die Egoisten und die Rassisten dürfen nicht Oberhand bekommen.

Wir stehen an der Seite der Menschen, die für eine Welt des Friedens, der globalen Gerechtigkeit und der grenzenlosen Solidarität eintreten!

Unsere Alternative für eine bessere, gerechtere Welt ist: Zeigen wir Menschlichkeit, helfen wir den vor Kriegen, vor Verfolgung und Unterdrückung Flüchtenden, solidarisch gegen den Hass.

Wir alle, gemeinsam! Ich glaube an euch.

Eine von 1000 Gestalten

Surya Stülpe über eine der Kulturaktionen in der G20-Protestwoche



Foto: Andrea Ruester, »1000 Gestalten«

Als ich am Mittwochmorgen auf dem alten Verladebahnhof der Hanseatischen Materialverwaltung am Oberhafen ankomme, empfangen mich bereits graue Staubwolken und ein Gewusel aus grauen Lehmgestalten und bunten aufgeregten Helferinnen und Helfern. Schnell werde ich eingewiesen und innerhalb von 15 Minuten durch eine Waschstraße gelotst, an deren Ende ich ebenfalls als lehmverkrustete Gestalt wieder ans Sonnenlicht trete.

Etwas orientierungslos suche ich meine Gruppe. Bekannte Gesichter gibt es nicht mehr. Als graue Gestalten erkennen wir uns nicht wieder, Erkennungsmerkmale sind jetzt Kleidung und Stimme.

Schnell werden wir immer mehr, die sich im Innenhof versammeln, eine graue Masse, entindividualisiert. Wir finden

uns über die Nummern, die uns zugeteilt wurden und die wir wild durcheinanderrufen.

Der Lehm in meinem Gesicht trocknet in der Sonne, es bröckelt und staubt.

Meine Performance-Leaderin Mara erklärt der Gruppe 14 den Ablauf des Tages, dann schließt sich noch ein kurzes Bewegungstraining an und wir gehen los.

Ein riesiger Zug aus grauen Gestalten schleppt sich langsam in Richtung Innenstadt. Passanten bleiben stehen, ihrerseits uniformiert durch Smartphones, mit denen sie uns filmen und fotografieren.

Dann beginnt die Performance: Den Blick geradeaus, ohne etwas Spezielles zu fokussieren, schleppen wir uns schwerfällig, langsam, traurig, ausgebrannt durch die Einkaufsstraßen.

In der Hand halten wir Blechdosen, mit denen wir eintönige Klickgeräusche produzieren. Wir nehmen keinen Kontakt auf zu irgendwem oder irgendwas. Nach einer halben Stunde in diesem vegetativen Zustand dämmere ich weg. Ich laufe, ohne etwas zu sehen oder zu denken. Meine Augen brennen, mein Kreuz schmerzt. Ich habe meine Performance-Leaderin und meine Gruppe verloren. Ich bin aufgegangen in der Masse der grauen Gestalten.

Dann drehen wir um und schlurfen langsam auf den Burchardplatz. Dort sollen wir uns versammeln. Als ich ankomme, vernehme ich Schreie und Jauchzer. Ich nehme Gestalten wahr, die sich schneller bewegen. Eine Verwandlung findet statt. Einzelne treten aus dem Zustand des Vegetierens heraus und zeigen Emotionen, sie werfen ihre lehmverkrustete Kleidung von sich und nehmen ihre Umwelt wieder wahr. Ein Mann kommt zu mir, nimmt meine Hände und führt sie zu meinen Augen. Ich weiß, dass ich mich jetzt ver-

wandeln soll, so ist der Plan. Tatsächlich bin ich unglaublich froh, aus dieser Isoliertheit herauszukommen, mich frei zu bewegen, die harte, staubige Kleidung von mir zu werfen. Ein Glücksgefühl durchströmt mich. Im Publikum sehe ich Menschen weinen. Ich lache, drehe mich um und nehme Kontakt auf zu grauen Gestalten, die sich dann verwandeln. Ein Freudentaumel beginnt. Wir nehmen uns in die Arme, tanzen, wenig später springen viele nackt ins Fleet.

Noch immer glücklich dusche ich unter eiskaltem Wasser die letzten Reste des Lehms aus meinen Haaren, der ICE nach Berlin fährt vorbei. Am Verladebahnhof haben jetzt alle ihre Hautfarben zurück. Was bleibt, ist ein Gefühl des Befreiteins. Ich wundere mich, was Schauspiel und ein bisschen Lehm mit meiner Gefühlswelt angestellt haben. Als ich am Abend die Bilder von 1000 Gestalten in der Tagesschau sehe, denke ich: »Nein, das war viel mehr!« Nur was?

Kampfansage an den Wachstumsfetischismus

Von Dr. Joachim Federwisch, ehemaliger Leiter einer Hamburger Bildungsvereinigung



Wachstum ohne Ende? – am Elbufer (Michael Joho)

Das kapitalistische System der freien Marktwirtschaft funktioniert offensichtlich nur auf der Basis des permanenten Wachstums. Es wird Zeit, dass diese scheinbar unangreifbare Wachstumsideologie infrage gestellt wird – oder wachsen Bäume in den Himmel?

Nehmen wir z.B. das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Bundesrepublik Deutschland. Für 2016 beträgt der Wert 3,134 Bio. Euro; 2006 lag das BIP noch bei 2,393 Bio. Das entspricht einer Steigerung von knapp 31% in zehn Jahren. Selbst wenn die zukünftige Steigerungsrate für eine Dekade »nur« 20% betragen würde, so bedeutete dies, dass sich nach 40 Jahren das BIP mehr als verdoppelt hätte, nämlich auf 6,487 Bio. Euro. Da diese Werte ja stets »inflationbereinigt« sind, stellt sich die Frage, woher diese Steigerung kommen soll. Die Exportquote ist jetzt schon viel zu hoch und wird nicht nur von Donald Trump und Emmanuel Macron in unterschiedlicher Weise kriti-

siert. Eine Steigerung der Inlandsnachfrage könnte zwar durch Lohnerhöhungen angekurbelt werden. Die Frage ist aber, ob es überhaupt einen Bedarf an entsprechenden Waren und Dienstleistungen in dieser Größenordnung gibt. Die Wegwerfgesellschaft verursacht schon jetzt weitaus mehr Probleme, als sie von den Verantwortlichen eingeräumt werden.

Schon heute wird von den WachstumsfetischistInnen nicht nach Sinn und Nutzen zusätzlicher Produktion gefragt und selbst Fragen der Schädigung von Natur und Umwelt spielen zumeist eine eher untergeordnete Rolle, wenn es um die Steigerung der Produktion geht. Dafür gibt es unzählige Beispiele insbesondere aus der Landwirtschaft, der chemischen Industrie, der Automobilproduktion u.a.

Letztendlich aber scheinen alle Systeme im Kapitalismus nur dann zu funktionieren, wenn sie stetig wachsen. Das gilt für unser Gemeinwesen ebenso wie für die sozialen Systeme.

me, die Volkswirtschaft insgesamt sowie jedes einzelne Wirtschaftsunternehmen.

Dabei dürfte klar sein, dass es in der Natur kein unendliches Wachstum gibt und die Geschichte uns gelehrt hat, dass ausuferndes Wachstum letztendlich stets in der Katastrophe endete. Warum wird also an der Wachstums-Ideologie festgehalten? Ist es Bequemlichkeit, Vernebelung der Gehirne, Dummheit oder »nur« die Tatsache, dass eine kleine Elite mit diesem Wahnsinn besonders gut absahnen kann?

Ich plädiere dafür, alles zu hinterfragen, was auf diesem fatalen Wachstumsfetischismus basiert. Durch aggressives Wachstum werden starke Volkswirtschaften immer mächtiger und ihre Wirtschaftseliten immer reicher. Aber wo es Gewinner gibt, gibt es auch Verlierer. An erster Stelle steht der Raubbau an unserer natürlichen Umwelt mit allen daraus resultierenden Folgeschäden. Ein zweiter Kritikpunkt besteht in der Ausbeutung der Armen, insbesondere der Menschen in Afrika. Dazu kommt noch die wachsende Ungleichheit in den voll entwickelten Volkswirtschaften. Daraus ergibt sich eine Vielzahl von Problemen, für die es nur dann eine wirkliche Lösung gibt, wenn wir uns weltweit vom ungezügeltten Kapitalismus und der damit verbundenen Wachstums-Ideologie verabschieden.

Wir benötigen »qualitatives Wachstum«, also z.B. Verbesserungen der Umwelt- und Lebens-Standards, Abbau von Hunger und Armut, Verbesserung der Chancengleichheit (vor allem bei Bildung und Ausbildung) etc. Wer immer mehr Panzer, Autos,

Energie, Düngemittel, Erzeugnisse der Chemie, Elektro-Geräte oder verpackte Produkte verkaufen will, schädigt nachhaltig die Umwelt. Die diversen negativen Auswirkungen dieses Wahns kann niemand ernsthaft bestreiten!

Auch unsere Sozialkassen sind beispielsweise so angelegt, dass sie nur dann problemlos funktionieren, wenn es Bevölkerungs-, Wirtschafts- und daraus resultierend Lohnwachstum gibt. Selbstverständlich ginge es auch hier ohne Wachstum und zwar unter Beibehaltung des Umlagesystems. Nur komplette Ignorant*innen behaupten, dass die Systeme wegen der demographischen Entwicklung zum Scheitern verurteilt seien. Letztlich ist es eine Frage der (gerechten) Verteilung des Jahr für Jahr gemeinschaftlich erwirtschafteten BIP. Hier sind intelligente und zugleich nachhaltige Lösungen gefragt und selbstverständlich auch möglich!

Wir können uns ein Festhalten am Wachstumsfetischismus nicht mehr leisten, andernfalls zerstören wir unsere Lebensgrundlagen. Weil diese Zerstörung nicht überall gleichmäßig geschehen wird, stehen uns globale Verteilungskämpfe, Kriege um lebensnotwendige Ressourcen wie Wasser etc. bevor!

Die »Flüchtlingskrise«, die Erderwärmung (Klimakrise), die Vermüllung der Weltmeere, das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten sind sichtbare Vorboten dieser Entwicklung.

Wenn wir jetzt nicht zur Besinnung kommen, dürfte es schon bald zu spät sein!

Es kann nur besser werden?

Heike Sudmann über die erste Halbzeit des Senats



Kritischer Rundgang durch die HafenCity, hier am Modell (Foto: M. Joho)

Im Februar 2015 wurde die jetzige Bürgerschaft gewählt, erstmalig für eine Dauer von fünf Jahren. Somit ist es an der Zeit, jetzt eine Halbzeitbilanz zu ziehen. »Meine« Bereiche Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr standen oft im Fokus der Öff-

entlichkeit. Im Vergleich zu den Vorjahren wurde der Wohnungsbau gesteigert, Unterkünfte für Geflüchtete geschaffen, Pläne für neue Bahnlinien entworfen. Es hat sich also was getan. Doch ein genauer Blick zeigt Fehlentwicklungen, falsche

Versprechungen und keinen notwendigen Politikwechsel. Wobei ich zugeben muss, dass ich unter der Führung von Olaf Scholz und bei dem willigen grünen Anhang auch nicht viel anderes erwartet habe. Nachfolgend nenne ich ein paar Aspekte zu den drei Politikfeldern.

1. Wohnen

Die entscheidende Frage zu Beginn der 21. Legislaturperiode war (und ist auch nach zweieinhalb Jahren unverändert), ob der zunehmende Wohnraumangel und die explodierenden Mieten gestoppt oder sogar zurückgedreht werden können (konnten). Entgegen allen Behauptungen und Zahlentrickserien des Senats ist diese Frage mit einem doppelten NEIN zu beantworten.

Seit Jahren variieren die Schätzungen zur Zahl der fehlenden Wohnungen in Hamburg zwischen 30.000 und 90.000. Allein durch den Zuwachs an EinwohnerInnen wird der Mangel verstärkt. Gut 50.000 Menschen sind nach Hamburg gezogen. Bei der durchschnittlichen Haushaltsgröße von 1,8 Personen wären knapp 28.000 Wohnungen nötig. Real sind unter Berücksichtigung der knapp 1.200 abgerissenen Wohnungen in diesen zwei Jahren nur rund 15.500 zusätzliche Wohnungen auf den Markt gekommen.¹

Die rasante Entwicklung der Mieten wird durch den alle zwei Jahre erstellten Hamburger Mietenspiegel dokumentiert. Seit 2011 liegt der Mietenanstieg jeweils bei rund 6%. Die steigende Tendenz wird durch das Wohnungsbauprogramm des Senats verschärft. Es kommen immer mehr teure Wohnungen auf den Markt, die nach und nach den Mietenspiegel in die Höhe treiben. 2015 und 2016 betrug der Anteil der frei finanzierten und somit teureren Wohnungen am Neubau 42%, Eigentumswohnungen machten 29% aus, der Anteil der geförderten Wohnungen kam gerade mal auf 28%. Diese Verteilung geht nicht nur völlig am Senatsmärchen vom Drittmix vorbei, sondern ist ein Hohn für die 50% aller Hamburger Haushalte, die so wenig Einkommen haben, dass sie eine geförderte Wohnung beanspruchen könnten.

Die Fraktion DIE LINKE hat vor diesem Hintergrund immer wieder gefordert und beantragt, dass der Anteil der öffentlich geförderten und somit günstigen Wohnungen beim Neubau mindestens 50% betragen muss. Für die bereits vorhandenen Wohnungen brauchen wir eine echte Mietpreisbremse. Leider wurden unsere Anträge immer wieder abgelehnt.

Einen kleinen Erfolg können wir für unser hartnäckiges Eintreten für eine bessere Wohnungspolitik verbuchen. Es gibt mittlerweile im Senat Überlegungen, die Bindungsdauer im Sozialwohnungsbau von 15 auf 30 Jahre zu verlängern. Das ist zwar noch weit weg von unserer Forderung, öffentlich geförderte Wohnungen auf Dauer für Menschen mit wenig Einkommen bereit zu halten. Aber es ist immerhin ein Schritt in die richtige Richtung.

Gemeinsam mit unserer Bundestagsfraktion streiten wir für eine neue Gemeinnützigkeit in der Wohnungswirtschaft. Wohnungen sollen nicht mehr als lukrative Anlageobjekte für InvestorInnen dienen, sondern der Versorgung breiter



Protest gegen Abrisspläne vor der Schilleroper (M. Joho)

Schichten der Bevölkerung mit günstigem Wohnraum. Kurz gesagt: Keine Rendite mit der Miete!

2. Stadtentwicklung

Im rot-grünen Koalitionsvertrag findet sich ein sehr richtiger Passus: »Um den galoppierenden Flächenfraß zu stoppen, muss Innenentwicklung Vorrang vor Außenentwicklung haben. Flächenverschwendendes Bauen, Leerstand und Zweckentfremdung müssen wirksam eingedämmt werden. Qualitätsziele für die Innenentwicklung sind Flächeneffizienz, bevorzugte Nutzung von Konversionsflächen, urbane Dichte mit hoher Freiraumqualität.« (S. 55).

Diese guten Absichten wurden in der Realität leider nicht eingehalten. Laut NABU wurden von 2011 bis heute rund 246 Hektar Stadtgrün überplant, das entspricht der anderthalbfachen Größe der Außenalster.

Die steigenden Zahlen von Flüchtlingen im Jahr 2015 hat der rot-grüne Senat genutzt, um bisherige Tabuflächen zu Wohnbauflächen zu machen, z.B. am Mittleren Landweg im Bezirk Bergedorf, am Haferblöcken beim Öjendorfer See oder in Wandsbek in der Hummelsbüttler Feldmark. In vielen Neubaugebieten, so auch beim geplanten Gebiet Allermöhe III (Oberbillwerder), sollen Einfamilien- und Doppelhäuser entstehen, also die Wohnformen, die den meisten Platz brauchen und am wenigsten Menschen unterbringen. Das ist Flächenverschwendung pur.

Aber woher bzw. wohin sollen die Wohnungen kommen, die in Hamburg fehlen? Die einfache Antwort »neu bauen« ist nur ein Teil der Lösung. Niemand weiß es genau, doch Schätzungen gehen von mehreren tausend vorhandenen Wohnungen in Hamburg aus, die zweckentfremdet werden. Diese Wohnungen werden nicht normal bewohnt, sondern illegal als Ferienwohnungen genutzt oder aus Spekulations- und anderen Gründen leer stehen gelassen. Das ist verboten, doch die Gefahr erwischt zu werden, ist gering. Für die

¹ Zahlen aus der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Linksfraktion 21/9491: 16.243 Wohnungen wurden in den Jahren 2015 und 2016 fertiggestellt, gleichzeitig wurden 1.186 Wohnungen abgerissen. Unterm Strich hat sich das Wohnungsangebot um 15.507 Wohnungen erhöht.

über 900.000 Wohnungen in Hamburg sind gut 10 (in Worten: zehn) MitarbeiterInnen der Wohnraumschutzabteilungen zuständig. Unsere Anträge zur Personalaufstockung und Effektivierung werden in schöner Regelmäßigkeit abgelehnt.

Ein anderes Problem, das der Senat ebenfalls nicht angeht, ist der steigende Wohnflächenverbrauch pro Kopf. Selbst wenn die Anzahl der Neubauwohnungen gleich bleibt, muss für die größer werdenden Wohnungen mehr Fläche bebaut werden. Hier sind neue Wohnungsbauformen nötig, die kompaktere Wohnungen mit flächensparenden Gemeinschaftsflächen vorsehen.

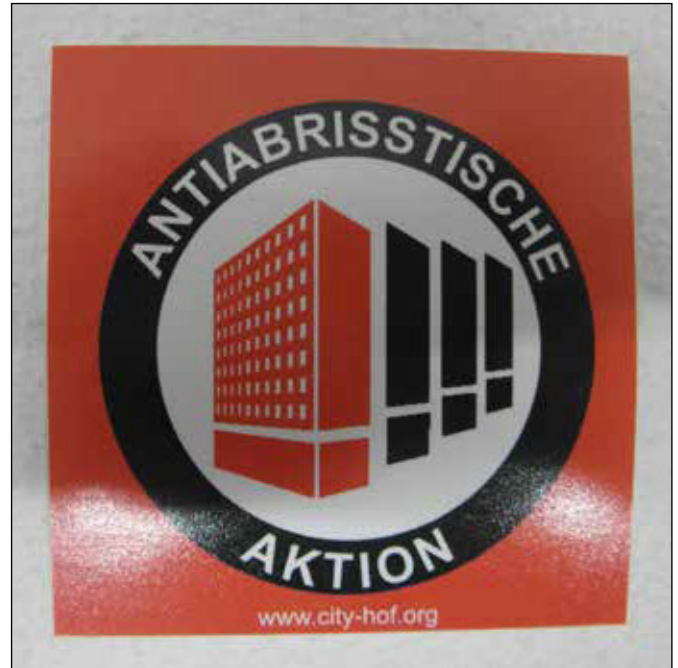
Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Senat bis heute kein Konzept zur Umsetzung der hehren Ziele aus dem Koalitionsvertrag hat. Dabei gibt es Trends, die Platz schaffen: Der Verzicht auf das eigene Auto macht viele oberirdische Park- und Stellplätze überflüssig. Einkaufsmärkte müssen nicht mehr eingeschossig gebaut werden – eine alte Erkenntnis. Eine Zukunftsvision mit einer nachhaltigen Nutzung von Flächen und dem Erhalt von Grün ist machbar, Herr Nachbar!

Exkurs: Stadtentwicklung und Denkmalschutz

Was bedeutet »Denkmalschutz« in Hamburg? Wer glaubt, dass sich dahinter ein genereller Schutz für Denkmäler verbirgt, unterliegt einem Irrglauben. In vielen Einzelfällen zeigt sich, dass der von der Fachwelt vor Jahren verliehene unrühmliche Titel »Freie und Abrissstadt Hamburg« zu keinem Umdenken geführt hat, sondern weiterhin der Realität entspricht. Besonders an Stellen, wo InvestorInnen (sich) wirtschaftlich lukrative Geschäfte versprechen, findet der Senat den Denkmalschutz nicht so relevant. Die Cityhof-Hochhäuser, die Schiller-Oper oder der Bunker an der Feldstraße sind die bekannteren Beispiele. Die Landarbeiter-Häuser in Barmbek oder die über 100 Jahre alte Metallfabrik im Industriegebiet Billbrook sind weniger bekannte Beispiele, bei denen die Wirtschaftlichkeit über den Denkmalschutz erhoben wird. Mit Ausnahme der Schiller-Oper ist die Stadt übrigens EigentümerIn der genannten Grundstücke und Gebäude. Eigentum verpflichtet auch die Stadt. Doch die einzige Vorbildfunktion des Senats besteht hier in der Botschaft: Denkmalschutz ist kein Hindernis für wirtschaftliche Interessen.

Exkurs: Stadtentwicklung und Beteiligung

In jeder Rede und in jedem Antrag wird von Rot-Grün bei passender Gelegenheit die Wichtigkeit von Beteiligung der BürgerInnen betont. Doch echte Mitsprache über das Informieren hinaus findet weder in der Stadtwerkstatt noch in anderen Verfahren statt. Anträge der LINKEN, die den BürgerInnen auch Gestaltungsmacht geben sollen, werden mit Hinweis auf die zuständigen gewählten PolitikerInnen in Bezirk und Bürgerschaft abgelehnt. Das gleiche Schicksal erleiden auch unsere Anträge zu den Stadtteil- und Quartiersbeiräten. Die ehrenamtlich Engagierten vor Ort sollen nicht auch noch die Briefmarken und Sitzungsräume aus dem eigenen Portemonnaie bezahlen oder ihre Freizeit für das Schreiben und Verschicken von Protokollen verwenden. Statt jährlich auf das Glücksspiel mit den bezirklichen Geldern angewie-



Plakette des Vereins City-Hof (Foto: M. Joho)

sen zu sein, fordern wir eine verlässliche Finanzierung. Rot-Grün ist bisher dazu nicht bereit. Vielleicht sollten sie nochmal in ihren Koalitionsvertrag gucken. Dort steht auf Seite 61: »Die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen an der Gestaltung ihrer unmittelbaren Lebenswelt über z.B. Stadtteilbeiräte ist ein tragender Bestandteil der Stadtteilentwicklung, auch über die Laufzeit von Förderprogrammen hinweg.« Also, lesen und umsetzen!

Exkurs: Stadtentwicklung und Olympia 2024

Die aktuellen Geschehnisse zu G20 haben ein anderes Großprojekt in den Hintergrund rücken lassen. Die Olympischen Sommerspiele 2024 sollten nach dem Willen des rot-grünen Senats in Hamburg stattfinden. Der Sport stand dabei nicht so sehr im Vordergrund, vielmehr wurde Olympia als ein Motor für die Stadtentwicklung und das Hamburg-Marketing verkauft. Wie bei den Dieselmotoren lässt sich auch bei Olympia feststellen, dass mit geschönten Werten gearbeitet wurde. Besonders bei den Finanzen wurden die Folgen für Hamburg heruntergerechnet. Heute ist klar, dass der Bund mitnichten bereit war, sich stärker an den Kosten zu beteiligen. Und mittlerweile sollten auch die letzten Olympia-BefürworterInnen begriffen haben, dass mit dem IOC keine ehrlichen Verträge abzuschließen sind, dass die Risiken stets bei der Austragungsstadt liegen. Olympia 2024 wäre zum finanziellen Desaster für Hamburg geworden. Doch die HamburgerInnen waren klüger als Rot-Grün.

Trotz einer millionenschweren Werbekampagne für Olympia, trotz einer überwiegend einseitigen Berichterstattung der hamburgischen Medien über Olympia, trotz einer fragwürdigen Änderung der Verfassung zugunsten eines sogenannten Bürgerschaftsreferendums stimmten sie gegen den Olympia-Wahnsinn. DIE LINKE hatte sich übrigens als einzige Bürgerschaftspartei klar und deutlich gegen Olympia gestellt.

3. Verkehr

Viele haben sich gerade von den Grünen eine Verkehrswende erhofft.

Der oberflächliche Eindruck, dass der Radverkehr jetzt im Mittelpunkt steht, wird durch die polemischen Angriffe von CDU und FDP verstärkt. Doch die neu entstandenen Radstreifen sind oft nur Flickwerk oder Bruchstücke, mit unzureichender Breite und Abgrenzung zum Autoverkehr. Bis spätestens 2029 soll der Anteil des Radverkehrs in Hamburg auf 25% gesteigert werden. Lächerlich, wenn in Städten wie Kopenhagen heute schon der Radanteil bei über 50% liegt.

Der Fußverkehr spielt im Bewusstsein des Senats übrigens keine Rolle, daran haben auch die Grünen nichts geändert. Dabei wird diese Fortbewegungsart und ihr Potenzial für eine Belebung der Stadt immer noch unterschätzt.

Auch beim Bau von Straßen ist eine Wende nicht in Sicht. Die geplante Autobahn A 26-Ost z.B. wird nicht nur mehr Verkehr erzeugen, sondern auch den Stadtteil Wilhelmsburg zerschneiden. Die geschönten Zahlen über den Hafenverkehr als Begründung für die früher auch Hafenquerspange genannte Autobahn wurden schon lange enttarnt. Doch selbst das Auf-

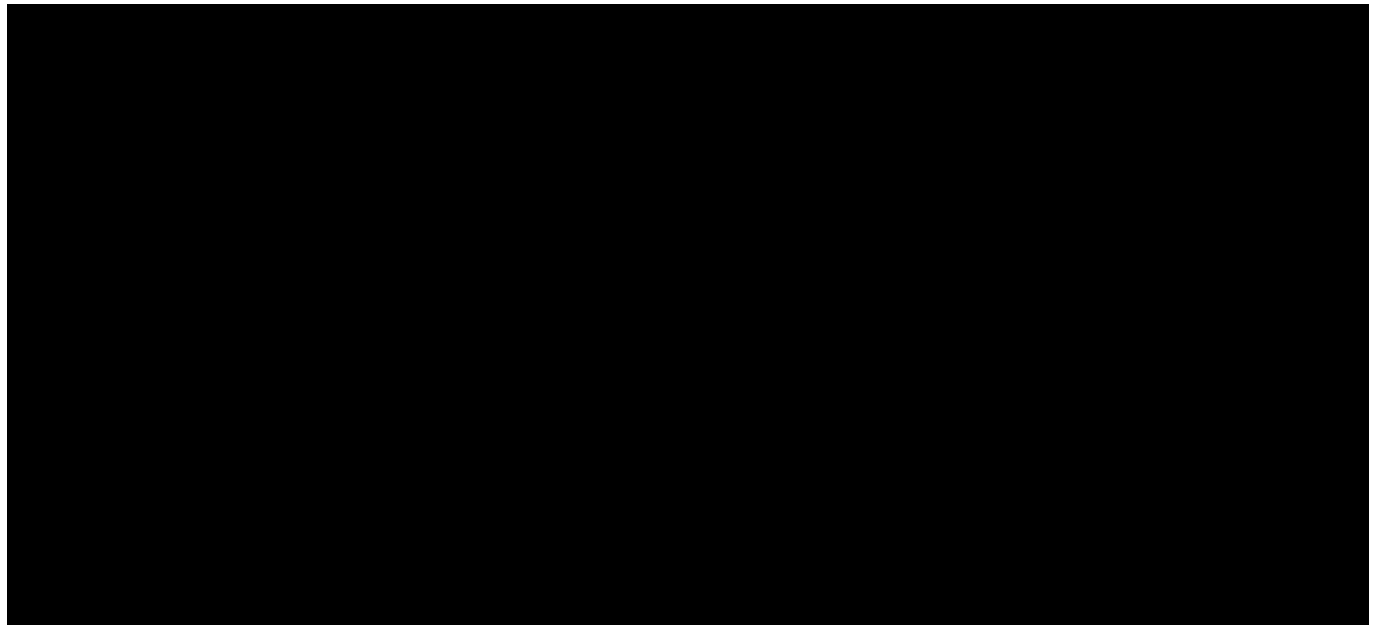
mucken der grünen Basis in Harburg hat weder die Grünen noch die SPD zum Nachdenken und Abrücken von diesem irrsinnigen Projekt gebracht.

Bei Bus und Bahn ist auch zwei Jahre nach Beginn der Koalition nicht absehbar, ob und wann die geplanten Bahnanbindungen für Steilshoop und Osdorf/Lurup wirklich kommen. Sicher ist nur die jährliche Preiserhöhung beim HVV. Ein völlig falsches Signal für den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV, doch unsere Anträge auf Senkung der Fahrpreise werden beharrlich abgelehnt.

Die Probleme mit der Luftreinheit in Hamburg zeigen, dass eine Verkehrswende bitter nötig ist. Spätestens seit Bekanntwerden der manipulierten Abgaswerte der Dieselaautos und der betrügerischen Absichten der Automobilkonzerne müsste auch Rot-Grün erkennen, dass die Gesundheit der HamburgerInnen und der Umweltschutz nicht durch Rücksichtnahme auf die Autolobby erreicht werden können. Doch der im Sommer 2017 vorgelegte Luftreinhalteplan des Senats hat eine klare Botschaft: Wir können über alles reden, aber nicht über eine Einschränkung des schädlichen Autoverkehrs.

Dösend in die Zukunft?

Joachim Bischoff über den Bundestagswahlkampf 2017



Sechs Wochen vor der Bundestagswahl verfestigt sich der politische Trend im Großen und Ganzen. Die Union mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) an der Spitze liegt weiterhin deutlich vorn, während die SPD mit Kanzlerkandidat Martin Schulz abgeschlagen wirkt. Die Kanzlerin hat zwar nach einer Umfrage für den ARD-DeutschlandTrend überraschend an Zustimmung verloren. Demnach sind 59% der Befragten mit ihrer Arbeit zufrieden – im vergangenen Monat waren es noch rund 69%. Martin Schulz kommt in der Umfrage auf 33%

Zustimmung und erreicht damit seinen niedrigsten Wert bisher. Bei der Frage nach dem Votum bei der Bundestagswahl allerdings liegt die CDU/CSU ungefährdet mit 39% deutlich vor der SPD, die auf 24% käme.

Die Forschungsinstitute sehen für den Merkel-Herausforderer kaum noch eine Chance, das Ruder herumzureißen. Die Wahl sei faktisch gelaufen, denn es bahne sich nichts an, was bis zum Wahltag noch etwas Entscheidendes verändern könnte. Also weder könne Schulz plötzlich über das Wasser

gehen, noch werde Frau Merkel einen furchtbaren Fehler machen. Und wenn es dabei bleibt, dann sei die Wahl faktisch entschieden. Schulz könne nicht auf eine zweite Chance hoffen. Ihm bleibe vermutlich nichts anderes übrig, als den Wahlkampf mit Anstand zu Ende zu führen. Seine Beliebtheitswerte sind derzeit viel zu niedrig, um Kanzler zu werden. Um das zu ändern, bräuchte er ein politisches Erdbeben.

77% der befragten WählerInnen attestieren Merkel eine insgesamt gute Arbeit. Auch der berühmte Amtsbonus ist eingepreist. 74% erwarten, dass Merkel und die Union die Wahl gewinnen (was auch heißt, dass eine Regierung unter Unions-Führung von vielen WählerInnen erwartet wird).

Für Spannung sorgen allein die kleineren Parteien, also die Frage, wie stark DIE LINKE, GRÜNE, FDP und die rechtspopulistische AfD ihre potenziellen Wähler mobilisieren können. Das Politbarometer sieht die Genannten aktuell bei jeweils acht Prozent. Geht man davon aus, dass die SPD keine Wiederauflage der großen Koalition anstrebt, um in der Opposition wieder an Stärke und Profil zu gewinnen, kommt dem Wettbewerb der Kleinen eine entscheidende Rolle für die Regierungsbildung zu. Genauer gesagt: dem Kampf zwischen Freien Demokraten und Grünen. Denn auch wenn derzeit viel über eine »Jamaika-Koalition« von CDU/CSU, FDP und Grünen geredet wird, ist eine Zweierkoalition rechnerisch keineswegs ausgeschlossen (Schwarz-Gelb wie auch Schwarz-Grün liegen im Politbarometer bei 48%), und zum Zug käme am Ende im Fall knapper Stimmenverhältnisse eher diejenige der beiden Kleinparteien, die besser abgeschnitten hat.

Was genau die Kanzlerin und ihre Union so unangreifbar macht, können auch Forschungsinstitute und Politikexperten nicht mit letzter Bestimmtheit sagen. Fakt ist: Selbst in den Hochphasen der Wechselstimmung gab es keine wirklich überzeugende Wechseloption. Fakt ist weiter: Der kontinuierliche Merkel-Trend passt zur sozio-ökonomischen Grundkonstellation der letzten Jahre.

Der Wirtschaftsmotor brummt, der Arbeits- und Lehrstellenmarkt ist leer gefegt, die Preissteigerungsraten lassen selbst leichte Reallohnsteigerungen zu und die Altersrentner können – soweit es ihre Gesundheit zulässt – ihre schmalen Einkommen durch Zusatzverdienste aufbessern. An die 80%

der Deutschen sind mit ihrer persönlichen Lage insgesamt zufrieden. Besonders in Ostdeutschland hat die allgemeine Zufriedenheit stärker als in Westdeutschland zugenommen. Mehr als 30% glauben sogar, dass sich für sie die Dinge im nächsten Jahr noch besser entwickeln werden (Abbildung 1).

Zu dieser Grundstimmung passt eine Kanzlerin wie Angela Merkel, die nicht noch mehr verspricht. Sie gibt zu verstehen, dass sie sich trotz allen Widrigkeiten bemüht, den Status quo nicht durch Ungeschicklichkeit in internationalen Krisen zu gefährden oder mit zu hohen Belastungen für andere innerhalb der Solidargemeinschaft der EU zu strapazieren. Sie sagt für die nächsten vier Jahre wiederum einen ruhigen Gang mit leichten gesellschaftlichen Verbesserungen zu. Die zentrale Botschaft:



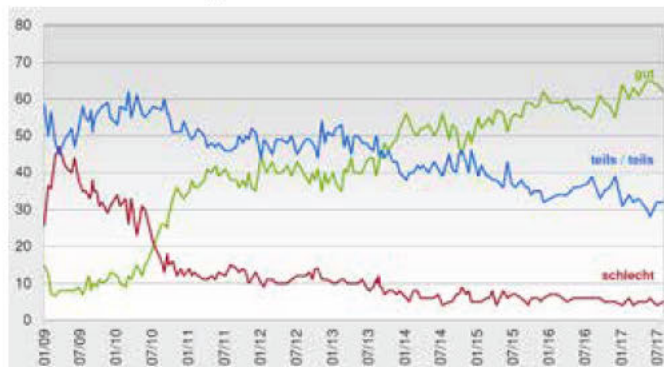
Es ist eine heile Welt, die auf den CDU-Wahlplakaten versprochen wird. Andere Beispiele: Konzentriert bearbeitet ein Tischler sein Werkstück. Eine Welle der guten Laune schwappt durchs Wohnzimmer einer jungen Familie. Eine Polizistin und ein Polizist gehen im gleißenden Sonnenlicht Streife. »Für gute Arbeit und gute Löhne« steht auf einem Plakat. »Familien sollen es kinderleichter haben« und »Denen den Rücken stärken, die für uns stark sind« auf den anderen. Deutschland geht es doch gut, das ist die Botschaft. Die Union betreibt in den letzten Wochen einen konfliktlosen Schönwetter-Wahlkampf. Alles super, schreit es von den Plakaten. Und demnächst noch ein wenig besser!

Merkel kämpft nicht für eine Zukunftskonzeption, sie hat keine Vision. Wie verändert sich Deutschlands Rolle in der Welt? Wie könnte das krisengeplagte Europa gestärkt werden? Was müssen wir jetzt tun, damit auch die heute Berufstätigen ausreichende Renten erwarten können? Statt im Wahlprogramm und auf Plakaten für politische Ziele zu streiten, säuselt die Union die Wähler in den politischen Schlaf. Auch FDP, GRÜNE, LINKE und AfD stören diese Ruhe kaum, die politische Gesellschaft döst vor sich hin.

Das Schlimme: Das Konzept funktioniert. Natürlich fällt das gleichermaßen auf die Mitbewerber zurück, die es nicht schaffen, CDU und CSU im Wahlkampf vor sich her zu treiben.

Das Problem ist nur, dass die Zufriedenheit und die Zuversicht mit einem untergründigen Unbehagen durchwirkt sind. Zwei Drittel der zwischen 55 und 75 Jahre alten Deutschen geben bezüglich der Zukunftsaussichten ihrer Kinder und En-

Abbildung 1: Antworten auf die Frage: Wie beurteilen Sie die Wirtschaftslage in Deutschland?



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer, 11.8.2017

kelkinder an, dass diese es schwer haben werden, den sozialen Status ihres Elternhauses in ihrer Lebenszeit zu bewahren – geschweige denn, ihn zu verbessern.

Es gibt eine Grundstimmung in der Bevölkerung, in der die aktuelle Lebenssituation als überwiegend positiv wahrgenommen wird. Aber viele Bürgerinnen und Bürger äußern zugleich Sorgen mit Blick auf die Zukunft. Soziale Gerechtigkeit ist nach wie vor für die Wahlberechtigten von hoher Bedeutung, aber am wichtigsten ist es den Menschen, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen. Gleichzeitig sorgen Globalisierung, Freihandel und technischer Wandel für Verunsicherung, gelten sozialer Zusammenhalt und Ausgleich als gefährdet. Es besteht die Erwartung an Politik, gleiche Chancen und soziale Gerechtigkeit herzustellen, es wird Politik und Institutionen aber nicht von allen zugetraut, dass die eigenen Interessen und Bedürfnisse berücksichtigt werden.

Einerseits bewerten drei von vier Bundesbürgern die wirtschaftliche Lage in Deutschland als »gut« (63%) oder »sehr gut« (10%) und zwei von drei gehen davon aus, dass sich das in den nächsten Jahren nicht grundlegend ändern wird. Auch die eigene finanzielle Situation wird von einer Mehrheit positiv beschrieben (56%) und die persönliche Zukunft eher mit Zuversicht betrachtet (54%). Unterhalb dieser Zuversicht verbirgt sich allerdings – auch bei gut situierten Bürgern – eine langsam wachsende Schicht von Sorgen sehr unterschiedlicher Art. Diese betreffen aufgrund der guten ökonomischen Lage seltener die aktuelle finanzielle oder die Arbeitsplatzsituation, sondern eher die diffuse Zukunft: 49% sorgen sich um ihre Altersversorgung, 55% um die Zukunft der Kinder, 38% fürchten wachsende Kriminalität im Wohnumfeld.

Die subjektive Einschätzung, ob man sich als Gewinner oder Verlierer der derzeitigen Entwicklung sieht, fällt differenzierter aus, als angesichts der positiven wirtschaftlichen Ausgangssituation anzunehmen wäre: Ein Drittel (34%) sieht sich als Gewinner, 31% verorten sich in der Mitte und 27% sehen sich als Verlierer der derzeitigen Entwicklung.

In der Rangfolge der Wertorientierung steht die soziale Gerechtigkeit nach wie vor weit oben: 92% halten dieses Prinzip für wichtig. Noch darüber rangiert allerdings der Grundsatz Verantwortung für sich selbst übernehmen (95%), dessen Bedeutung seit 2006 deutlich zugenommen hat. Die in den letzten Jahrzehnten massiv eingeforderte neoliberale Handlungsmaxime »Führe dich selbst«, hat deutliche Spuren hinterlassen. Allerdings ist diese meritokratische Einstellung jetzt auch die Basis für große Enttäuschung und Selbstwertverluste. Besonders deutlich abgenommen hat der Stellenwert der Leistungsorientierung und zwar aufgrund des Eindrucks, dass sich Leistung nicht mehr lohne: Nur 36% sind davon überzeugt, dass die gesellschaftliche Stellung im Wesentlichen von der Leistung des Einzelnen abhängt. 40% glauben dagegen an die vorentscheidende Wirkung von familiärer Herkunft und Vermögen.

74% der Deutschen fordern grundsätzlich, dass Starke Solidarität mit Schwachen üben. Das Solidarprinzip als solches ist somit tief im Alltagsbewusstsein verankert. Diese Erwartung wird aus Sicht der BürgerInnen aber derzeit unzureichend er-

Am **Freitag, den 1. September**, pünktlich zum LINKEN Wahlkampfauftakt, gibt es – umsonst und draußen – wieder das **Rote Sommerkino im Hammer Park** (S Hasselbrook/U Hammer Kirche). Um 19 Uhr beginnt die Grillparty mit Musik, ab 20.30 Uhr zeigen wir **Monsieur Claude und seine Töchter**. Das Sommerkino wird wie in den letzten Jahren veranstaltet von Jan van Aken (MdB) und der Stadtteilgruppe der LINKEN Hamm/Horn/Borgfelde. Wir freuen uns auf viele Gäste!



füllt: 60% sehen in der Gesellschaft nur noch ein Oben und Unten, 53% konstatieren schwindenden sozialen Zusammenhalt. Um diese Defizite zu beheben, wird dem Staat ein weitreichender Handlungsauftrag zugewiesen: Er soll zum Beispiel über Bildungspolitik gleiche Chancen herstellen (71%) und auch Verantwortung für soziale Sicherheit übernehmen (70%). Dass Politik den Bürgern Geborgenheit geben soll, bejahen sogar 78%.

Diesem Wunsch nach Stärkung der sozialen Gerechtigkeit kommt die herrschende Politik in den Augen der Bürger jedoch nicht in ausreichendem Maße nach: eine Mehrheit kritisiert die Abgehobenheit und das Eigeninteresse des politischen Establishments. Die Politiker, so der Vorwurf, lebten in ihrer eigenen Welt (69%). Deshalb sei es egal, welche Partei man wähle (56%).

Das Dösen in die unbestimmte Zukunft hinein kann nicht überdecken: Auch in Deutschland sind die Umrisse einer gespaltenen Gesellschaft zu erkennen. Das Unbehagen betrifft die »diffuse Legitimität« eines Systems, das die Grundlage unserer gesamten Lebensweise bildet und für die Zukunft nichts Gutes verspricht.

Der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten hat in seiner anfänglichen Kampagne dieser Stimmung eines Unbehagens eine Stimme geben wollen. Martin Schulz' Forderung nach Verwirklichung oder zumindest Stärkung der sozialen Gerechtigkeit war als Kommunikationsangebot gedacht, um sich über diesen Widerspruch zwischen der Zufriedenheit mit der eigenen Situation und dem Unbehagen mit dem ganzen System zu verständigen. Schulz hat aber dieses Angebot nicht durchgehalten, er hat nicht geliefert, sondern sich in das politische Establishment zurückgezogen und die Leute im Regen stehen lassen. Bei aller Bereitschaft, politisch zu dösen: Die Menschen in Deutschland suchen eine Zukunft, an die man glauben kann. Sie erwarten, dass klar gestellt wird, was die Stunde geschlagen hat, und dass der Anfang in einem Ende aufgezeigt wird, das nicht rückgängig zu machen ist. Die Zukunft ist nicht für alle die gleiche, aber alle müssen sich bewegen, damit sie noch eine Zukunft haben.

Kulturtipp: Mit Marx über den Restsommer



Abbildung und Buchcover: VSA: Verlag

150 Jahre ist es her, dass in einem Hamburger Verlag der erste Band des Hauptwerks von Karl Marx, »Das Kapital«, erschien. Ein schöner und wieder einmal aktueller Anlass, der »Kritik der politischen Ökonomie« und seinem Verfasser die gebührende Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen. Hierzu weisen wir auf eine Auswahl von Veranstaltungen hin:

Vom 6. September 2017 bis zum 4. März 2018 nimmt das **Museum der Arbeit** in Hamburg-Barmbek unter dem Titel **150 Jahre »Das Kapital«** das Jubiläum der Erstveröffentlichung zum Anlass einer spannenden und kontroversen Ausstellung.

Am Donnerstag, 7. September, geht es in einer **Veranstaltung der Linksfraktion in der Bürgerschaft** um 19.00 Uhr im Kaisersaal im Rathaus um **Karl Marx in Hamburg**. Warum erschien »Das Kapital« in Hamburg? Wer arbeitete an dem Buch mit? Und was hatte Marx eigentlich sonst noch mit Hamburg zu tun? Der Museumsmitarbeiter und Autor des gleichnamigen VSA: Buches **Jürgen Bönig** antwortet auf Fragen von Norbert Hackbusch, moderiert von Siri Keil.

Wo traf Marx wen in Hamburg – und warum? Diesen Fragen lässt sich am Samstag, 9. und 23.9., jeweils ab 12.00 Uhr, startend am Heine-Denkmal, Rathausmarkt, buchstäblich nachgehen. **Jürgen Bönig begibt sich eineinhalb Stunden lang auf Marx' Spuren** und entdeckt spannende Orte und Zusammenhänge. Veranstalter sind die Rosa Luxemburg Stiftung und der VSA: Verlag (Teilnahmepreis 5 €, Anmeldung unter anmeldung@rls-hamburg.de).

Über **»Das Kapital« und die Geschichte des Kapitalismus** hält der Sozialhistoriker **Prof. Dr. Jürgen Kocka** am

Montag, 11.9., ab 19.00 Uhr, einen Vortrag im Museum der Arbeit. Marx' Kapitalismus-Theorie spiegelte die Umstände ihrer Zeit. Wie ist Marx' Werk nach 150 Jahren zu beurteilen? (Ermäßigter Museumseintritt)

Am Samstag, 16.9., 15.00 Uhr, kann vom Uhrturm St. Pauli Landungsbrücken aus ebenfalls den Spuren von Karl Marx gefolgt werden. Am 12. April 1867 traf dieser mit einem Segelraddampfer im Hamburger Hafen ein, im Gepäck sein Manuskript zum »Kapital«. Diesmal führt **Michael Sommer** die Interessierten auf einem **zweistündigen Spaziergang vom damaligen Landungsplatz zum Verlagssitz von Otto Meissner**, in dem »Das Kapital« erschien (Anmeldung unter marxinhamburg@web.de).

Finanzcrash, Armutsrevolten, Wachstumsschwäche – ist der Kapitalismus am Ende? Diese Frage wird inzwischen auch unter den Eliten der Weltwirtschaftsgipfel diskutiert. Am Montag, 18.9., bietet sich im Museum der Arbeit die Gelegenheit, hierzu ein Gespräch mit dem Herausgeber des Bandes »RE: Das Kapital. Politische Ökonomie im 21. Jahrhundert« (Kunstmann) **Matthias Greffrath** und **Horst von Buttlar** (Chefredakteur »Capital«, angefragt) zu verfolgen.

Last but not least wird in Kooperation des Museums der Arbeit mit der Rosa Luxemburg Stiftung ein besonderes Format erprobt: Am Montag, 30.10. sowie am 6., 13. und 20.11., werden sich die TeilnehmerInnen jeweils von 18.30 bis 21.00 Uhr im Museum unter Anleitung von **Joachim Bischoff** im laufenden Ausstellungsbetrieb den **Einstieg in Marx' Hauptwerk** erarbeiten (Anmeldung bis zum 1.9. unter anmeldung@rls-hamburg.de).

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.